

An die
Vorsitzende der Ständigen Publikumskonferenz
der öffentlich-rechtlichen Medien e. V.
Frau Maren Müller
Hofer Straße 20 a
04317 Leipzig

24. Juni 2015

Ihr Schreiben

Sehr geehrte Frau Müller,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 17. Mai 2015, welches uns der WDR übermittelt hat, da die redaktionelle Verantwortung für die Sendungen von ARD-aktuell bei uns liegt.

Sie kritisieren die Griechenland-Berichterstattung in der "Tagesschau" vom 9. April 2015. Ich habe die Redaktion von ARD-aktuell gebeten, die von Ihnen kritisierten Punkte zu prüfen und dazu Stellung zu nehmen. Die Stellungnahme finden Sie im Anhang zu meinem Schreiben.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Lutz Marmor', is written over the typed name.

Lutz Marmor

Anlage

**Stellungnahme von ARD-aktuell zu dem Schreiben von Frau Maren Müller
zur Griechenland-Berichterstattung in der „Tagesschau“ vom 09.04.2015**

Frau Müller kritisiert in ihrem Schreiben vom 17.05.2015 eine Meldung in der „Tagesschau“ vom 09.04.2015 über die Schuldenkrise in Griechenland. ARD-aktuell hat sich die von Frau Müller kritisierte Meldung erneut angeschaut und nimmt zu der Eingabe wie folgt Stellung:

Tatsächlich ist der Anlass der Meldung zunächst einmal positiv: Griechenland hat einen Teil seiner Schulden beim IWF zurückgezahlt. Der Schuldenstreit zwischen Griechenland und den internationalen Geldgebern ist durch die Überweisung von 450 Millionen Euro allerdings nicht beendet oder gelöst. Knapp drei Wochen später am 24.04.2015 stand im lettischen Riga bei dem Treffen der Euro-Finanzminister eine Entscheidung über die Zahlung von 7,2 Milliarden Euro Hilfen an Athen auf der Tagesordnung. Insgesamt sollte Athen im April fast 3 Milliarden Euro an den IWF, die Europäische Zentralbank und an private Gläubiger (zurück-)zahlen. In den Folgemonaten standen bzw. stehen ebenfalls Rückzahlungen jeweils in Milliardenhöhe an. Die griechische Staatsverschuldung insgesamt liegt im dreistelligen Milliardenbereich, die Gefahr einer Staatspleite ist weiter nicht gebannt. Bundeskanzlerin Merkel hat erst, am 11.06.2015 in Bezug auf die griechische Schuldenkrise erklärt: „Es zählt jeder Tag.“ Bundesbankchef Jens Weidmann wird sogar noch deutlicher: „Die Zeit läuft ab und das Risiko einer Insolvenz nimmt täglich zu.“

<https://www.tagesschau.de/ausland/bruessel-griechenland-107.html>

Über die Möglichkeit einer griechischen Staatspleite wird bereits seit Monaten in der politischen Auseinandersetzung diskutiert. Mitte Februar 2015 hat tagesschau.de die Szenarien in einem FAQ zusammengefasst:

<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/griechenland-faq-101.html>

Zweifellos hängt die finanzielle Zukunft Griechenlands auch an dem politischen Willen der Länder der Eurozone, die Regierung in Athen weiter finanziell zu unterstützen. Insofern kommt es für die kritisierte Nachricht nach Einschätzung der Redaktion nicht darauf an, ob sich die Aussage: „Griechenland droht das Geld auszugehen“ auf die Eigenkapitalquote oder zu erwartende Kredite bezieht. Wenn sich die Regierungschefs der Eurozone, die Institutionen, die privaten Banken etc. nicht auf eine weitere Unterstützung Griechenlands verständigen bzw. sich nicht auf einen Reformplan mit Griechenland einigen können, droht offenbar ein Staatsbankrott, wie oben bereits ausgeführt.

Deutschland und damit der deutsche Steuerzahler wären in erheblichem Maße von einer griechischen Staatspleite betroffen. Auch auf die europäischen und internationalen Wirtschafts- und Finanzmärkte hätte eine Pleite des griechischen Staates erhebliche Auswirkungen. Deswegen erscheint ARD-aktuell auch bei der Meldung von kleinen, positiven Einzelschritten - wie z.B. der Rückzahlung einer einzelnen Rate - der Hinweis auf das komplexe und immer noch nicht gelöste Gesamtproblem zwingend notwendig und auch im Nachhinein gerechtfertigt.

Dr. Kai Gniffke
18.06.2015